

**2. Landesparteitag
der LINKEN**
(1. Tagung)
6.12., 14 Uhr/7.12., 10 Uhr,
Max-Taut-Aula, Fischerstraße



Die BVV-Fraktion der LINKEN weiß sich einig: Trotz geschrumpfter Möglichkeiten muss Politik das Beste für den Bürger im Bezirk versuchen und handlungsfähig bleiben.

Spielraum erhalten

In der Oktober-Ausgabe der „info links“ war von der Notwendigkeit eines bezirklichen Sparhaushalts zu lesen. Vor diesem Hintergrund ist es für uns als Fraktion interessant zu prüfen, über welche politischen Handlungsspielräume wir überhaupt noch verfügen. Was können wir nach zwei Jahren Arbeit in der BVV vorweisen? Wie viel konnte vom Wahlprogramm der LINKEN tatsächlich umgesetzt werden?

Lichtenbergs Bürgerhaushalt wird weitergeführt – allen finanziellen Einschnürungen zum Trotz! Er bleibt der Grundstein der Bürgerdemokratie, wie DIE LINKE sie anstrebt.

Die bedenkenlose Privatisierung von Verwaltungsdienstleistungen, dubiose öffentlich-private Finanzierungen kamen für uns nicht in Frage. Eine Erkenntnis, die vielen Kommunen Deutschlands erst im Zuge der gegenwärtigen Finanzkrise kam. Eben weil es in Berlin noch bedeutende Landesbeteiligungen gibt, konnten seit 2005 Überschüsse erwirtschaftet werden, die 2007 auf netto 433 Mio. Euro angestiegen sind.

Kürzungen beim Medienetat der Bibliotheken, im Jugendbereich, bei Grünanlagen und bei den Bürgerdiensten sind kein Grund zur Freude. Sie sind aber ein Gebot der Vernunft, da die Alternative Zwangsverwaltung heißt.

Keine Abstriche gibt es beim Stadtteilmanagement, bei soziokulturellen Zentren und der Wirtschaftsförderung.

Unser Eintreten gegen den Rechtsextremismus wurde mit der Auszeichnung „Ort der Vielfalt“ belohnt. Damit sind wir eine von 65 deutschen Gemeinden, die vom Bundesfamilienministerium gewürdigt wurden.

Im Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor konnten 200 Stellen geschaffen werden. Wir haben gegen die von Vattenfall geplanten Dimensionen eines neuen Kraftwerks Rummelsburg mobilisiert. Die Lichtenberger Praxis, keinen Wohnraum im Zuge des Stadtumbaus Ost abzureißen, erweist sich jetzt bei steigenden Mieten als richtig. Forderungen unseres Bezirks nach Verkehrsberuhigung tagsüber vor Schulen und nachts in engen Straßen wurden nunmehr vom Land aufgegriffen und berlinweit umgesetzt. Durch Übertragung von Jugendklubs konnten tiefergehende Einschnitte (damit meine ich vor allem Schließungen) verhindert werden. Spitzenwerte erreicht der Bezirk bei zusätzlichen Ausbildungsplätzen für junge Menschen.

Dies und mehr zeigt, dass wir trotz Finanzdiktats des Senats erfolgreich für die Bürger gearbeitet haben.

*Christian Petermann,
Vorsitzender der BVV-Fraktion DIE LINKE*

Schadenfreude ist uns fremd

Von Gesine Löttsch, MdB

In Hessen wollten vier SPD-Landtagsabgeordnete angeblich aus Gewissensgründen Frau Ypsilanti nicht zur Ministerpräsidentin wählen. Der SPD-Parteitag hatte sich für die Koalitionsvereinbarung ausgesprochen, und die vier Abgeordneten lässt das völlig kalt. Das wirft die Frage auf, was einige Abgeordnete unter Demokratie verstehen?

Oskar Lafontaine weist immer wieder darauf hin, dass die regierenden Parteien gegen die Mehrheit der Bürger Politik machen – mit der Rente erst ab 67, mit Hartz IV und mit dem Krieg in Afghanistan.

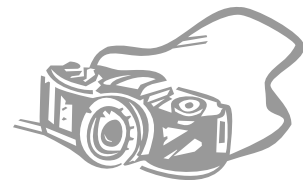
Was kann die LINKE aus dem Debakel in Hessen lernen? Es gibt keinen Grund zur Schadenfreude! Die Hessen-SPD wird Jahre brauchen, um sich von diesem Schock zu erholen. DIE LINKE wollte in Hessen eine andere Politik zusammen mit der SPD und den Grünen gestalten. Es ging um Mindestlöhne, um mehr Bildung und ein besseres Leben ohne den geschäftsführenden Koch. All diese Ziele sind in weite Ferne gerückt. Daran hat DIE LINKE kein Interesse.

Doch es gibt einen Lichtblick: An den hessischen Hochschulen haben sich nach der Abschaffung der Studiengebühren im Herbst so viele Studenten neu eingeschrieben wie noch nie. Das ist ein konkretes Ergebnis linker Politik. Ob diese Politik fortgesetzt werden kann, werden die Hessen im nächsten Jahr entscheiden ...

Wir sollten nun darüber nachdenken, wie wir das Verhältnis zwischen den Mitgliedern unserer Partei und unseren gewählten Abgeordneten stärken, damit wir von solchen undemokratischen Überraschungen verschont bleiben.

In dieser Ausgabe

- Gesundheit = soziales Wohlbefinden – Gespräch mit Ingeborg Simon (Seite 2)
- Zum Bürger in den Kiez gehen (Seite 3)
- Gıyas Sayan über die Arbeit des Petitionsausschusses (Seite 6)
- Gesine Löttsch: Der Osten braucht mehr als warme Worte (Seite 7)



Gesundheit = soziales Wohlbefinden

Gespräch mit Ingeborg Simon (links) im Kieztreff in der Anna-Ebermann-Straße nach einem Vortrag vor Senioren. Die Fragen für „info links“ stellte Inge Junginger.



Foto: Jörg Rückmann

● **„info links“:** Du hast eben sehr ausführlich über das neue Pflege-Weiterentwicklungsgesetz gesprochen – ein schreckliches Wort. Kannst Du ein paar Eckpunkte nennen?

● **Ingeborg Simon:** Wie immer geht es zuerst ums Geld. Das heißt, der Beitragssatz für die Pflegeversicherung ist um 0,25 Prozent gestiegen. Was übrigens die Rentner als einzige Versichertengruppe allein tragen müssen. Eine neue, erweiterte Definition der Pflegebedürftigkeit – bisher zielt sie nur auf körperliche Defizite – steht noch aus. Es droht eine fortschreitende Privatisierung der Pflege, was zur „Zwei-Klassen-Pflege“ führt. Ich empfehle die von der Volkssolidarität herausgegebene Broschüre zum Gesetz. Sie enthält alles Wissenswerte und darüber hinaus die Positionen und Forderungen der Volkssolidarität.

● **„info links“:** Du bist stellvertretende Landesvorsitzende der Volkssolidarität. Wo betätigst Du Dich außerdem?

● **Ingeborg Simon:** Beim Landes-Seniorenbeirat der LINKEN leite ich die AG Gesundheit und Pflege; eng verbunden bin ich auch mit der Gewerkschaft ver.di, die mich immer wieder als Referentin einsetzt; ich bin Mitinitiatorin eines Patientenforums bei „Gesundheit Berlin e.V.“ und engagiere mich im Verein „Demokratische PharmazeutInnen“.

● **„info links“:** Gibt es ein Projekt, das Dir besonders am Herzen liegt?

● **Ingeborg Simon:** Aber ja, alljährlich findet im Rathaus Schöneberg der bundesweite Kongress „Armut und Gesundheit“ statt – leider im wesentlichen mit Referenten und Teilnehmern aus dem Westen. Und bisher hat er bei den LINKEN nur wenig Interesse gefunden.

Diesmal, zum 5. Dezember, habe ich als Moderatorin mit Hilfe von Christa Luft, Marianne Linke, Alfred Spieler und anderen einen Workshop zum Thema „Armut Ost – ein Ergebnis der Wende?“ vorbereitet, für den ich mir rege Teilnahme aus dem Osten erhoffe ...

Wo – wie in der DDR – ein ganzes Gesellschaftssystem zusammengebrochen ist, wo plötzlich Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst auf der Tagesordnung stehen, da drohen Armut und Krankheit. Die WHO sagt: Gesundheit ist vor allem auch soziales Wohlbefinden – und gerade das wurde durch die „Wende“ für viele erheblich eingeschränkt.

● **„info links“:** Als Abgeordnete hat man Dich überall dort gesehen, wo Menschen über Gesundheitspolitik diskutierten. Wie ist heute Deine Verbindung zur Basis?

● **Ingeborg Simon:** Oft laden mich Ortsgruppen der Volkssolidarität ein, aber auch Begegnungsräume und Kieztreffs anderer Träger. Regelmäßig führe ich Infoveranstaltungen in der Volkssolidarität durch. Und natürlich habe ich eine enge Verbindung zum Berliner Sprecherrat der Senioren in der Partei DIE LINKE.

Vorsicht!

Fast könnte man meinen, Oskar regiere noch erfolgreich sein Superministerium. Da rufen die härtesten Marktwirtschaftler nach staatlicher Beihilfe, nachdem sie bislang in marktradikaler Überzeugung das angeblich allmächtige Gestaltungsvermögen des Marktes und dessen Autonomie vom Staat gepredigt hatten. Die Bundeskanzlerin erinnert sich ganz plötzlich an ihre marxistisch-leninistische Grundausbildung in Politischer Ökonomie des Kapitalismus, und Politiker – auch ohne glatte ML-Eins – folgen ihr scharenweise.

Gerade noch leisteten Regierung und Große Koalition Widerstand gegen ein staatliches Konjunkturförderprogramm. Aber seitdem die mächtige Automobilindustrie ein solches will, (sie nennt es „intelligente Lösungen, damit die Leute mehr Autos kaufen“), bröckelt die politische Gegenwehr im gleichen Tempo, wie die Börsen von Minute zu Minute abstürzen.

Doch Oskar regiert nicht mehr. Als er 1998 eine zaghafte Regulierung der Marktwillkür anstrebte, wurde er hinweggemobbt. Jetzt will man die Bilder vergessen machen, wie Schröder, Fischer und Clement danach gierend dieses Land den Hedgefonds zum Fraße vorwarfen.

Krampfhaft werden Schuldige gesucht. Die Frage politischer Verantwortung für deren Spekulationslust wird hierzulande kaum und höchstens mit Blick auf die zu Ende gehende Ära Bush gestellt. Folgerichtig fehlen dem 500-Milliarden-Rettungspaket – neben wirksamen Schutzmaßnahmen für das Volk und der Förderung individueller Binnenkaufkraft – auch nachhaltige Sanktionen, um Wiederholungstäter abzuschrecken. Und derjenige, der einst die Heuschrecken geißelte, als sie noch willkommen waren, schweigt nun trotz neuer Macht beharrlich, da die Heuschrecken das Land kahlzufressen begonnen haben.

Also ist Vorsicht geboten: Spielern sollte man nicht trauen, wenn sie momentan die Casinos versperren. Man weiß nämlich nie, ob sie sie wirklich schließen oder bloß schützen wollen ...

Peter-Rudolf Zottl

Eine ausgezeichnete Inge

Inge Junginger wurde mit der diesjährigen Bürgermedaille des Bezirkes geehrt. Damit wurde ihr langjähriges aktives Engagement in der Volkssolidarität gewürdigt. Die Redaktion gratuliert ihrem Redaktionsmitglied herzlich und wünscht ihr eine ungebrochene Schaffenskraft.

In die Kieze gehen

Reiner Hofmann, verkehrspolitischer Sprecher der LINKEN in der BVV, zur Diskussion um den Bürgerhaushalt 2010

Ich habe in diesem Jahr an fast allen Stadtteilkonferenzen teilgenommen. Die Teilnehmerzahlen waren dabei sehr unterschiedlich und reichten von 3 bis zu 98 Bürgern, wobei die Zahl 3 im Stadtteil Rummelsburger Bucht ausgerechnet für diesen Kiez ein trauriger Negativrekord ist. Hier müssen wir überlegen, wie wir die Bürger verstärkt einbeziehen können. Auch im vierten Jahr des Bürgerhaushalts können und müssen wir dazulernen.

Entscheidungen organisieren

Die Diskussionen in den Arbeitsgruppen waren überall sehr lebhaft, auch wenn nicht überall Vorschläge in die Bezirksliste gelangt sind. Das lag nicht nur an mangelnden Teilnehmerzahlen. Oft sind zu viele Vorschläge eingereicht worden, und dann erreichte keiner die notwendige Mindestpunktzahl.

Das ist zum einen ein Hinweis an das Bezirksamt, künftig bei kleiner Teilnehmerzahl die Verfahrensweise anzupassen. Aber auch die Organisatoren im Kiez haben, was die Organisation der Abstimmungen betrifft, noch Nachholbedarf.

In Friedrichsfelde Nord schaffte es trotz ausreichender Teilnahme von 37 Bürgern keiner der 11 Vorschläge in die Bezirksliste. Da-



Foto: Joachim Pampel

gegen brachten in Neu-Lichtenberg 32 Bürger alle 4 Vorschläge eine Runde weiter. Im Stadtteil Frankfurter Allee Süd war nur eine „Arbeitsgruppe“ tätig, was sich in nur 3 eingereichten Vorschlägen niederschlug. Das stellt den Organisatoren in der „Kiezspinne“ ein Armutszeugnis aus, denn viele der dort anwesenden Bürger haben das gar nicht verstanden und fragten am Ende der Veranstaltung, wann denn nun die Arbeitsgruppen mit ihren Beratungen beginnen.

Bezirksverordnete gefordert

Was die Teilnahme von Bezirksverordneten an den Stadtteilkonferenzen anbelangt, gibt es ebenfalls erheblichen Nachholbedarf. Zwar konnten von unserer Fraktion auf allen Veranstaltungen jeweils mehrere Verordnete bzw. Bürgerdeputierte gesichtet werden, aber die anderen Fraktionen – besonders die zweitstärkste der SPD – waren eher spärlich vertreten. Ist der Bürgerhaushalt nicht auch ihr Anliegen? Lediglich von den Grünen wurden, trotz ihrer kleinen Zahl von nur 3 Verordneten, fast alle Veranstaltungen besucht – und das nicht nur, wenn die Verordneten im Kiez wohnen oder arbeiten.

Rathaus vor Ort

Für uns Verordnete der LINKEN ziehe ich aus den diesjährigen Diskussionen den Schluss, dass wir verstärkt mit unseren Beratungen, seien es nun Ausschusssitzungen oder Fraktionsversammlungen, zu den Bürgern in den Kiez gehen müssen. Wir können nicht erwarten, dass z. B. Bürger aus der Rummelsburger Bucht oder aus den Dörfern bzw. Neu-Hohen-

Reiner Hofmann (mitte) in einer Arbeitsgruppe der Stadtteilkonferenz Alt-Lichtenberg am 22. September

schönhausen in unsere Sitzungen ins Rathaus kommen, wenn wir ihre Probleme beraten wollen. Wir sollten also in diesen Fällen einen Veranstaltungsort im Kiez suchen – so wie wir es mit den Stadtteilkonferenzen machen – und die Bürger rechtzeitig darüber informieren. Nur so können wir ihre Anliegen hören und uns für sie einsetzen.

Basisarbeit stärken

Für das kommende Jahr und den Bürgerhaushalt 2011 müssen wir in unserer Partei stärker auf die Mitarbeit aus den Basisorganisationen setzen. Die Basisversammlungen waren dazu noch zu schwach, auch wenn die Teilnahme unserer Genossen an den Stadtteilkonferenzen recht gut war.

Teilung der Macht

„Der Bürgerhaushalt ist vor allem ein politischer Ansatz und erst in zweiter Linie ein technischer.“ Das stellte Jean-Paul Plassard kürzlich bei einem Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf die Frage fest, „warum nach 10 Jahren Bürgerhaushalt in Frankreich immer noch so viele Schwierigkeiten existierten“. Plassard: „Durch die Einführung eines Bürgerhaushalts ändert sich das ‚Konzept der Macht‘, und das braucht Zeit, Geduld und Beständigkeit.“ Für Jean-Paul Plassard liegt die Zukunft in der „Teilung der Macht“. Der Bürgerhaushalt ist ein Instrument für diese Teilung. Der Franzose forderte „Experimente, Analysen und Austausch, damit wir den Bürgerhaushalt von der Theorie in die Praxis bringen.“

Hendrikje Klein, Haushaltspolitische Sprecherin der BVV-Fraktion DIE LINKE, in einem Bericht über die Veranstaltung

Bestimmen Sie mit!

Im November findet eine weitere Bewertung der Vorschläge im Internet statt. Im Dezember bekommen 25 000 zufällig ausgewählte Lichtenberger die zehn besten Vorschläge aus dem Internet und fünf aus ihrer Stadtteilkonferenz zur Beurteilung zugesandt. Danach werden die Ergebnisse ausgewertet und der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) übergeben. Bestimmen Sie mit!

● Weitere Infos:

www.buergerhaushalt-lichtenberg.de



Behindertenfreundlich

Am 15. Oktober vergab Lichtenbergs Bürgermeisterin Christina Emmrich das 59. und 60. Signet „Berlin barrierefrei“: Die Anton-Saefkow-Bibliothek und die Bodo-Uhse-Bibliothek gehen beispielhaft auf die Bedürfnisse behinderter Menschen ein – mit der Inneneinrichtung ebenso wie mit dem Medienangebot. Der Vermieter (HOWOGE) hat durch Umbauten – wie Aufzug, Zugänge u. a., zur Barrierefreiheit beigetragen. Das kommt auch Eltern mit Kinderwagen und älteren Menschen zu gute.

Am selben Tag hatte auch die Lichtenberger Werkstatt für Behinderte gGmbH – LWB ihre Tore geöffnet. Sie ist in vielen Bereichen aktiv: digitale Archivierung, Garten, Elektromontage, Wäscherei u. a. In der Bernhard-Bästlein-Straße konnten wir in den Kreativwerkstätten bei der Arbeit zusehen. Beeindruckend, was dort geleistet wird. Wer ein ganz besonderes Geschenk sucht, sollte mal in den Kreativshop der LWB im Internet (www.lwb-info.de) schauen. *Maja-Helen Feustel*

LINKE Anstöße

● Die BVV Lichtenberg unterstützt die Mieter der Köpenicker Chaussee bei der Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen gegenüber dem Eigentümer Vattenfall Europe AG. Der Konzern will die Gebäude „entmieten“ und dann für den geplanten Kraftwerksneubau nutzen. Der beschlossene Antrag der LINKEN ermutigt das Bezirksamt, sich im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten für die Mieter einzusetzen.



Foto: Joachim Pampel

● Vier Runden Bürgerhaushalt sind nun fast vorbei, und viele wertvolle Erfahrungen wurden gesammelt. Es ist Zeit, sich wieder etwas umfassender mit den Zielen und den Ergebnissen zu befassen. Dazu soll das Bezirksamt eine Evaluierung durchführen, meint DIE LINKE. Es geht vor allem um die Einschätzung der Bürgerbeteiligung.

● Die BVV forderte den Senat auf, Wege zur Umsetzung der berechtigten Forderungen des Volksbegehrens „Kitakinder + Bildung von Anfang an = Gewinn für Berlin“ zu zeigen. Die Forderungen „Rechtsanspruch ausweiten“, „Personalausstattung verbessern“ und „Rahmenbedingungen für die Qualität der pädagogischen Arbeit verbessern“ müssten schrittweise verwirklicht werden. *M. W.*

Der Bahnhof Lichtenberg hat einen neuen Hingucker: An der Lichtenberger Brücke prangt das Graffito „Multikulti gegen Rechtsextremismus und Rassismus“. Acht Jugendliche vom Oberstufenzentrum „Max Taut“ haben hier ein „kreatives Ja zu Demokratie, Vielfalt und Toleranz“ gestaltet – finanziert aus Mitteln des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“.

Kirill Jermak (Mitte) aus der BVV-Fraktion DIE LINKE meint: „Jeder vernünftige Politiker wird diese Imagewerbung für Deutschland unterstützen“. Und Andreas Wächter (rechts) von der lokalen Koordinierungsstelle Lichtenberg-Mitte für das Bundesprogramm ermuntert alle: „In diesem Jahr ist noch Geld für weitere Projekte abrufbar“. Anträge an: post@koordinierungsstelle-lichtenberg.de. *J. P.*

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Gewerbeentwicklung

16 674 Gewerbebetriebe hat Lichtenberg, 96 mehr als im Vorjahr. Fast ein Viertel der neu angemeldeten Betriebe hat weibliche Inhaber bzw. Geschäftsführer. Die Anmeldungen im Handwerk sind trotz einem Zuwachs im 3. Quartal 2008 weiterhin rückläufig.

Interesse am Hubertusbad

Für das Hubertusbad zeigen Investoren erneut Interesse: Ein Architektenbüro und ein Schweizer Projektentwickler wollen die Immobilie erwerben und das Schwimmbad mit Medizin- und Wellnesseinrichtungen sowie mit Gastronomie und Wohnungen kombinieren. Kosten: ca. 35 bis 40 Mio. Euro.

Zentrum für Tuberkulosekranke

Mit der Novellierung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst ist Lichtenberg zum Träger des Berliner Zentrums für tuberkulosekranke und -gefährdete Menschen geworden. Die Einrichtungen befinden sich in der Deutschmeisterstraße und an der Parkaue.

Maulbeerbaum-Allee

Eine Maulbeerbaum-Allee soll auf der Grünanlage des ehemaligen Friedhofs in der Rummelsburger Straße entstehen. Die 20 Bäume ersetzen die bei den Umbauarbeiten am Ostkreuz gefällten. Damit wird auch an die von Johann Ludwig Weitling (1758–1792) begründete Seidenspinner-Tradition erinnert.

Schulschwimmen

Am obligatorischen Schwimmunterricht in den Lichtenberger Schulen nahmen 2007/2008 insgesamt 2 086 Schüler teil. „Micky-Tours“ und „Das Taxi“ fahren die Kinder zum Schwimmunterricht. Das Bezirksamt bezahlte dafür 91 000 Euro.

Wieder Preis ausgelobt

Der von der LINKEN in der BVV angeregte „Preis für Demokratie und Zivilcourage“ wird zum zweiten Male ausgelobt. Gewürdigt werden sollen Personen, die couragiert gegen Gewalt und Intoleranz aufgetreten sind. Vorschläge können bis 30. November beim Bezirksamt eingereicht werden.

Öffentliche Billigung von Straftaten verurteilt

Am 24. Oktober fand der Prozess gegen NPD-Hähnel statt. Katrin Framke hatte die Anklage mit ihrem Strafantrag ermöglicht. Hähnel wurde zu einer Geldstrafe von 4500 Euro wegen „öffentlicher Billigung von Straftaten“ verurteilt.

Die Verhandlung wurde von vielen Antifaschisten und LINKEN verfolgt, besonders von jenen, die die Provokation der Neonazis am 13. Dezember 2007 in der BVV Lichtenberg miterlebt hatten. Ihr zeitiges Erscheinen sicherte ihnen die begrenzten Plätze: Nur 24 Zuhörer konnten in den Gerichtssaal. Hähnel nutzte die Verhandlung, seine damalige BVV-Rede zu verlesen. Sein einschlägig bekannter Anwalt Wolfram Nahrath erdachte abenteuerliche Konstruktionen für die Geschehnisse des

15. Januar 1919 (Totschlag oder Mord und an welchem Tag?).

Als Zuhörer dachte man ständig: Das kann doch nicht wahr sein! Es geht ums Hier und Heute, darum, dass ein bekannter Neonazi eine Verordneten-Tagung benutzte, Mord an linken Politikern gutzuheißen. Doch ließen sich die Zuhörer nicht provozieren.

Ich stimme Gesine Löttsch zu, die nach dem Prozess in einer Presseerklärung sagte: „Nun sollte Hähnel aus dem Richterspruch Konsequenzen ziehen und sich aus der Politik verabschieden. Wer die Ermordung eines Menschen rechtfertigt, darf nicht den Anspruch erheben, die Interessen seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger vertreten zu wollen.“

Gisela Lingenberg, VVN-BdA Lichtenberg e. V.

Gut gesagt

„Wenn die Bundesregierung zu 80 Prozent unser Konjunkturprogramm abgeschrieben hat, dann kann sie auch noch unser Integrationskonzept abschreiben und umsetzen.“

„Es vergeht kein Tag, an dem die Kanzlerin nicht die Manager nahezu anfleht, doch wenigstens in Zeiten der Krise etwas mehr Augenmaß walten zu lassen. All diese Appelle bleiben unglaublich, wenn die Manager eines Staatsunternehmens mit Zustimmung der Bundesregierung sich Gehaltssprünge von bis zu 37 Prozent und astronomische Bonuszahlungen genehmigen.“

Am einfachsten wäre das Problem zu lösen, wenn die Kanzlerin den Börsengang der Bahn ganz absagen würde. Damit würden die Bonuszahlungen für den Börsengang wegfallen. Die Gehälter der Bahnvorstände dürfen nicht schneller wachsen als die Gehälter der Mitarbeiter der Bahn. Ein in jeder Hinsicht maßloser Bahnchef wie Hartmut Mehdorn passt weder in die Zeit noch zum Unternehmen.“

Gesine Löttsch am 30. Oktober

Die Neuen auf Bustour

Neue Mitglieder der LINKEN wollten und sollten sich gegenseitig besser kennenlernen. Das ermöglichte ihnen eine Bustour quer durch den Bezirk zu Orten des „politischen“ Lichtenbergs – von der Geschäftsstelle der LINKEN, über die BVV-Fraktion und einen Termin bei der Bürgermeisterin bis zum abschließenden Besuch im Bürgerbüro von Dr. Gesine Löttsch. „Das war eine gelungene ‚Versammlung‘“, so die Meinung der Teilnehmer. -kl-



Foto: Mareike Zscharnt

Herzlichen Glückwunsch

Helmut Wenzel (Foto) ist der älteste Lichtenberger und zugleich das älteste Mitglied unseres Bezirksverbandes. Er feierte am 24. Oktober seinen 105. Geburtstag! Die Glückwünsche des Bezirksvorstandes überbrachte Wolfgang Schmidt. Nur drei Jahre jünger ist Genosse Franz Raue, der am 18. November 102 Jahre alt wird.

Es mag wohl an ihrem leidenschaftlichen gesellschaftlichen Engagement liegen, das beide Jubilare so jung erhielt.

Auch die „info links“-Redaktion gratuliert herzlich und wünscht ihnen weiter eine gute Gesundheit.

Veranstaltungen

● Sonnabend, 15.11., 12 Uhr

„Bunt statt Braun – keine Nazis in Lichtenberg“, öffentliche Veranstaltung vor dem Deutsch-Russischen Museum Karlshorst, Zwieseler Straße 4, Initiatoren: VVN-BdA Lichtenberg, ver.di OV Ost, Initiative gegen Rechtsextremismus Karlshorst, Bürgerverein Karlshorst, SPD Lichtenberg, evangelische Paul-Gerhardt-Gemeinde mit Pfarrer Edgar Dusdal, Initiative Stolpersteine, „Lichtblicke“, Netzwerk für Demokratie“ u. a.

● Wochenende 15./16.11.

DIE LINKE – 1. Tagung der 2. Hauptversammlung des Bezirksverbandes Lichtenberg; CORVUS GmbH, Herzbergstraße 84

● Dienstag, 18.11., 18 Uhr

„Pflege und Betreuung im Alter – aktuelle Situation in Berlin“, Forum mit Prof. Steffi Schulze, MdA, Kinderhaus, Neustrelitzer Straße 57

● Mittwoch, 19.11., 15 Uhr

„Wie kann für Jung und Alt eine sichere und solidarische Rente erreicht werden?“, Forum mit Klaus Ernst, MdB, KULTschule, Sewanstraße 43

● Donnerstag, 20.11., 19 Uhr

„Das Grundgesetz gegen den Vertrag von Lissabon verteidigen – DIE LINKE vor dem Bundesverfassungsgericht“, mit Prof. Andreas Fisahn (Bielefeld), Prozessvollmächtigter der Fraktion DIE LINKE im Bundestag; „Helle Panke“, Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin (Eintritt: 1,50€)

● Dienstag, 25.11., 19 Uhr *

Tagung des BV mit den Leitern der Wahlkreisaktive und Sprecherräten

● Donnerstag, 27.11., 17 Uhr

Tagung der BVV Lichtenberg; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36

● Sonnabend, 29.11., 10 Uhr

Multiplikatoren-Seminar zur Führung der programmatischen Debatte mit Dr. Bernd Ihme und Annegret Gabelin; KULTschule

● Sonntag, 7.12., 10 Uhr *

Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Ist der Kapitalismus am Ende?“, mit den Professoren Harry Nick und Heinrich Fink

● Sonntag, 14.12., 10–17 Uhr

„Was ist Ausbeutung? Schnupperkurs Kapitalismus-Kritik“, eine Veranstaltung der „Jungen Panke“; Seminar als Einstieg in die Kritik der Politischen Ökonomie (Kostenbeitrag 5€, incl. Mittagessen) Pistoriusstraße 38, 13086 Berlin

Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14

Oft die letzte Chance

Ein Gespräch mit *Giyas Sayan*, Mitglied des Berliner Petitionsausschusses; die Fragen stellte *Peter-Rudolf Zotl*

● **„info links“:** Petitionen sind Bittgesuche. Bürger können sich an den Petitionsausschuss wenden und um Hilfe bitten. Ist das nicht eher ein bescheidener Ansatz von Demokratie, die doch Herrschaft des Volkes sein soll?

● **Giyas Sayan:** In jedem Parlament gibt es einen Petitionsausschuss, an den die Bevölkerung Bitten, also Petitionen, richten kann. Bitten klingt in der Tat zunächst wie ein Relikt aus Feudalzeiten, und das wäre es auch, wenn eine Petition die einzige Einflusschance wäre.

Gerade in Berlin hat aber Rot-Rot neue Wege eröffnet, um den Einfluss der Bevölkerung deutlich zu stärken, die Einspruchsmöglichkeiten gegen Behördenentscheide zu erweitern. Die Behörden sind zudem angewiesen, im Sinne der Bürger zu handeln, und sie müssen über die juristischen Wege von sich aus informieren. Erst wenn das alles nicht geklappt hat, kommen in der Regel die Menschen zu uns. Eine Petition ist also nicht die einzige, aber oft die letzte Möglichkeit, dass



Foto: Peter-R. Zotl

Giyas Sayan bearbeitet die Eingabe einer Migrantenfamilie

dem konkreten Anliegen doch noch entsprochen werden kann. Und dafür hat der Petitionsausschuss beträchtliches Gewicht, denn als Beschwerde- und Kontrollinstanz gegenüber allen Landes- und Bezirksinstanzen muss ihm jede Auskunft gegeben werden.

● **„info links“:** Wenn es so viele Wege gibt, dann müssen doch nur Fälle zum Petitionsausschuss gelangen, die schon oft abgelehnt wurden?

● **Giyas Sayan:** Ja, das ist so. Aber wenn ich auf die anderen Möglichkeiten hingewiesen habe, dann heißt das nicht unbedingt, dass diese alle gut ausgeschritten werden. Jede Vorschrift lässt einen Auslegungs- und Ermessensspielraum zu, weil ja jeder Fall konkret ist. Und wir stellen fest, dass nicht selten diese Spielräume ungenügend im Sinne der Bürger genutzt wurden.

Es gibt auch richtige Rechtsverstöße, wo Fristen nicht eingehalten oder Informationen nicht gegeben wurden. Und wir helfen Menschen, die sich im Verwaltungsdschungel nicht zurechtgefunden, Wege auf die Ämter gescheut oder manches versäumt haben. Da gibt es für uns schon Möglichkeiten, helfend einwirken zu können.

● **„info links“:** Mit welchen Sorgen kommen die Menschen denn besonders oft?

● **Giyas Sayan:** Jeder Fall ist natürlich ein Einzelfall, wo besonders krass in das Leben von Menschen, Familien, Vereinen usw. eingegriffen wird. Dennoch gibt es eine Reihenfolge. An der Spitze stehen die Härtefälle im Zusammenhang mit Hartz IV. Das reicht von der Leistungsverweigerung bis hin zu Diskriminierungen durch bestimmte Ämter. Häufig sind

Kinder betroffen, die aus ihrem bisherigen Alltag gerissen werden.

An zweiter Stelle stehen Probleme der Migrantinnen und Migranten, vor allem deren Bedrohung mit Abschiebung oder besonderen sozialen Repressionen. Ich konnte z. B. in der letzten Woche einen Flüchtling aus dem Flugzeug holen, in dem er schon saß, um unberechtigt abgeschoben zu werden. Und an dritter Stelle stehen Petitionen, in denen sich Menschen – wie erwähnt – über Behördenwillkür oder Amtsanmaßung beklagen. In einem solchen Zusammenhang konnte ich z. B. dazu beitragen, dass Polizisten, die im Halteverbot parkten und in einer Gaststätte Kaffee tranken, am Ende doch noch mit einer Ordnungsstrafe belegt wurden. Und weil wir Mitglieder des Petitionsausschusses gut um die Alltagsprobleme und -schwierigkeiten wissen, sind wir in unseren Fraktionen wichtig, wenn es darum geht, Missstände abzustellen oder Gesetzeslücken zu schließen.

● **„info links“:** Wie findet man zum Petitionsausschuss?

● **Giyas Sayan:** Eine Petition muss schriftlich eingereicht werden an das Abgeordnetenhaus von Berlin, Petitionsausschuss, Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin. Telefonisch ist der Ausschuss unter 23 25-14 70 (bis -14 74) und per Fax unter 23 25-14 78 erreichbar. Oft haben wir auch öffentliche Sprechstunden, z. B. in Einkaufs-Centern. Genauere Informationen über uns gibt es im Internet unter www.parlament-berlin.de.

Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Evrin Baba:** ☎ 0172-39 25 870, 26. November, 16 Uhr, Bürgerhaus Welsekiez, Welsestraße 30
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 20. November, 17 Uhr, LibeZem, Rhinstraße 9
- **Prof. Dr. Stefanie Schulze:** ☎ 0163-717 89 90, 13. November, 11 Uhr, Abgeordnetenhaus, Raum 556
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 3. Dezember, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), und montags, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:** ☎ 0151-1560 2356, 10. November, 17 Uhr, Abgeordnetenhaus, Raum 417 a; 26. November, 17 Uhr, Klub „Magnet“, Strausberger Straße 5

Alle Abgeordneten bieten auch Termine nach Vereinbarung an und kommen gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen.

Ladet uns ein!

Der Osten braucht mehr als warme Worte

Die LINKE im Bundestag hatte eine Studie zum Leben im Osten 18 Jahre nach der Wende in Auftrag gegeben. Wie im Osten die Defizite gesamtdeutscher Politik wirken, erläutert MdB Gesine Lötzsch im Gespräch mit „info links“ (Interview: Norman Wolf).

● **„info links“:** CDU und SPD werfen der LINKEN Schwarzmalerei vor, wenn es um den Osten geht. Ist im Osten alles paletti?

● **Gesine Lötzsch:** Auf dem Ostkongress der CDU hat die Kanzlerin warme Worte für den Osten gefunden. Aber warme Worte reichen nicht, ebenso wie milde Gaben nicht genügen. Die von Frau Merkel geführte Regierung muss endlich mit strukturpolitisch nachhaltigen Taten dem Osten helfen.

Ja, es stimmt: Die Ostdeutschen haben ein neues Selbstbewusstsein entwickelt – aber wirtschaftlich rangieren sie noch weit hinten. Deshalb wundert es mich, wenn CDU und SPD uns Schwarzmalerei vorwerfen. Fast die Hälfte der ostdeutschen Frauen hat schon einmal im Niedriglohnsektor gearbeitet, nicht wenige davon als „Aufstockerinnen“, die zu ihrem Hungerlohn noch staatliche Ergänzungshilfen beziehen mussten.

Für sie gab es kaum Mitbestimmungsrechte, dafür aber ständig Angst vor Arbeitsplatzverlust und Minirenten. Darum ist für uns der

Mindestlohn eine wesentliche Forderung für den Osten. Natürlich auch für den Westen, im Osten hätte aber der gesetzliche Mindestlohn noch größere Wirkung.

● **„info links“:** Worin zeigt sich denn das neue Selbstbewusstsein der Ostdeutschen?

● **Gesine Lötzsch:** Zum Beispiel im Mitbestimmungswillen. Laut Studie halten 66 Prozent Demokratie für einen zentralen Wert, aber 88 Prozent sind mit deren praktischer Gestaltung unzufrieden. Vor allem wird der geringe Einfluss zwischen den Wahlen bemängelt.

Volksentscheide finden bei den Ostdeutschen besondere Zustimmung. Hier in Berlin, auf Landesebene, hat Rot-Rot weitreichende gesetzliche Möglichkeit dafür geschaffen. Das ist nicht immer eine vernünftige Veranstaltung; ich erinnere nur an Tempelhof. Aber wir meinen, dass man auch dann für direkte Demokratie sein muss, wenn eine andere Meinung vertreten wird, als wir sie haben.

● **„info links“:** Trotz ihrer ständigen Kritik an der DDR erfindet die Bundesregierung ständig etwas neu, was schon in der DDR erfolgreich funktioniert hat: Ist das nicht ein Widerspruch?

● **Gesine Lötzsch:** Während die CDU vor dem Sozialismus warnt, erinnert sich Frau Merkel daran, was in der DDR besser als in der Bundesrepublik war, so zum Beispiel die medizinische Versorgung der Menschen im ländlichen Raum. Schon vor Jahren hatte ich deshalb für die Wiedereinführung des DDR-Modells der

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist erreichbar:

● Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787

● **Sprechstunde:**

11. Dezember, 17 Uhr, Bürgerbüro (bitte anmelden!), sowie nach Vereinbarung

Die in Lichtenberg wohnenden Europaabgeordneten bieten Termine nach Vereinbarung an: **Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann** (Europabüro Unter den Linden 50, 10117 Berlin, ☎ 2277 1406); **Sahra Wagenknecht** (Europabüro Krossener Straße 9, 10245 Berlin, ☎ 2123 8998).

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!



Foto: Büro Lötzsch

Gemeineschwester geworben, und auch die Studie belegt, dass sich dieses Modell noch immer großer Beliebtheit erfreut. Jetzt soll „Schwester Agnes“ wieder aufs Moped steigen, und zwar in Ost und West. Allerdings tut der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Minister Tiefensee (SPD), so, als hätte er eben erst das Ganze erfunden. Insofern war es nicht nur sträflich, solche und andere Dinge zu schleifen; es ist auch lächerlich und albern, wie man sich davor scheut, deren Wiedereinführung als DDR-Erfahrung zuzugeben.

Ebenso große Zustimmung finden übrigens auch Reihenuntersuchungen für Kinder, die Schwangeren- und Mütterberatung, Polikliniken sowie eine einheitliche Krankenversicherung.

● **„info links“:** In Bierzelten der CSU hörte man, der Osten habe längst genug – nun sei der Westen dran. Was sagen Sie dazu?

● **Gesine Lötzsch:** Oberflächlich betrachtet kann man zu dieser Fehlannahme kommen, weil die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag ständig steigen. Gleichzeitig sinken aber die Ausgaben für den Osten. Würde die Bundesregierung mehr Geld in Forschung und Bildung investieren, könnte auch im Osten mehr Geld verdient werden. Das Forschungsministerium konzentriert sich aber auf die Förderung der Stärksten – im Rahmen der sogenannten „Exzellenzinitiative“, der Osten fällt hinten runter.

Gesine Lötzsch nimmt vor dem Reichstag eine Petition gegen den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr entgegen.



Russischer Soldatenahtag

Das Deutsch-Russische Museum zeigt in einer Sonderausstellung, wie der Alltag russischer Soldaten in Deutschland von 1990 bis 1994 tatsächlich aussah. Vor allem in den Köpfen der westlichen Öffentlichkeit ist dieser Alltag durch Fotos von Paraden zu wiederkehrenden Feier- und Gedenktagen wie dem „Tag des Sieges“ am 9. Mai im Gedächtnis. Auch der Militärfotograf Wladimir Borisow hat diese Bilder in seinem Archiv dokumentiert.

Von weitaus größerem Wert dürften jedoch die Einblicke in Alltagsbereiche der „Westgruppe der Truppen“, also der Soldaten und Offiziere, in dieser Zeit sein. Borisows noch nie gezeigte Fotos geben darüber eine erste Auskunft. Nur dem im offiziellen Auftrag arbeitenden Fotografen waren solche privaten Dokumente möglich. Die Fotos bieten eine Innenansicht unterschiedlicher Bereiche und Facetten russischer Militärpräsenz auf dem Boden der DDR.

Inge Uessler

- Deutsch-Russisches Museum
Berlin-Karlshorst, Zwieseler Straße 4,
14. November bis 1. März 2009



Fotos: DRM

Buchtipps



Russland mit neuer Macht

Über 50 Jahre schon befasst sich Wolfgang Grabowski mit der Sowjetunion respektive Russland. Seine aktuelle Publikation behandelt das neue Selbstbewusstsein in Moskau, das vor dem Konfrontationskurs der USA nicht zu kapitulieren gedenkt.

Der Kreml weiß sehr wohl, dass der US-Botschafter in Georgien in den 90er Jahren half, die dortige „Revolution“ zu organisieren. US-Berater agieren eifrig in der Ukrai-

ne. Der Autor diskutiert die Energiepolitik der USA in Zentralasien und in der Kaspiregion, die NATO-Osterweiterung, die Stationierung von Raketenabwehranlagen in Polen und Tschechien sowie Balkan-Kriege.

Für die Auflösung der UdSSR 1991 habe es keinerlei rechtliche Grundlagen gegeben, die Ausrufung der GUS war illegal, konstatiert Grabowski. Er widerspricht klischeehaften (Vor-)Urteilen, die GUS strebe eine Restauration alter Strukturen aus Sowjetzeiten an. Kurzum: Eine lesenwerte, weil kompetente Publikation. Franz-Karl Hitze

- Wolfgang Grabowski: „**Russland auf dem Weg zu neuer Macht**“, hrsg. vom Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e. V., 80 Seiten, 5 €

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin,
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE,
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für Ausgabe 9/08: 10.11.2008

Redaktionssitzungen für Ausgabe 10/08:

Mittwoch, 19.11. und 3.12., jeweils 15 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 1.12.

Die nächste Ausgabe erscheint am 11.12.2008

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Dienstag, 18.11., 11 Uhr**
Veranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages des Novemberprogramms 1938: „Die Kinder von La Hille. Flucht und Rettung vor der Deportation“; studio im hochhaus, Zingster Straße 25
- **Mittwoch, 19.11., 14–16 Uhr**
Erster Bürgerratschlag „In die Zukunft unseres Gemeinwesens investieren: Umgestaltung der KULTschule als Bürgerhaus“, ab 19.30 Uhr Konzert mit den „Cosmonautix“; KULTschule, Sewanstr. 43
- **Donnerstag, 20.11., 15 Uhr**
Bundesweiter Vorlesetag: Gesine Löttsch, Christina Emmrich u. a. lesen aus Kinderbüchern, außerdem: Basteln, Malen und Schminken; Linden-Center, Prerower Platz
- **Freitag, 21.11., 19 Uhr**
Konzert: „Wir gehen fremd“, indianische Musik aus Nord- und Lateinamerika; Nachbarschaftshaus, Am Berl 8–10
- **Dienstag, 25.11., 20 Uhr**
Buchlesung mit Herbert Köfer; Anna-Seghers-Bibliothek, Prerower Platz 2
- **Mittwoch, 26.11., 14.30 Uhr**
Frauenvesper und Lesung mit Gisela Steineckert: „Weihnachten in Familie“; „Undine“, Hagenstraße (Preis: 4 €)
- **Freitag, 28.11., 19 Uhr**
16. Kunstversteigerung; Kulturhaus Karlshorst, Großer Saal, Treskowallee 112
- **Sonntag, 30.11., 14 Uhr**
Eröffnung des Lichtermarktes 2008; Rathaus Lichtenberg
- **Aktuelle Ausstellungen**
→ „Heldengedenken“, Foto-Essay, Helmut J. Psotta/Arndt Beck; studio im hochhaus, Zingster Straße 25, geöffnet: Mo.–Do. 11–19 Uhr, Fr. 11–16 Uhr, So. 14–18 Uhr, noch bis 11.1.2009
→ Ausstellungseröffnung: „Sportforum Hohenschönhausen“; Museum Lichtenberg, Türschmidtstr. 24, **14.11., 16 Uhr**
→ „Bilder zum Werk von Anna Seghers“, Grafiken von Armin Münch, Roland Berger und Helmut Müller; Anna-Seghers-Bibliothek, geöffnet: Mo., Di., Do., Fr. 9–20 Uhr, Mi. 13–20 Uhr, Sa 9–16 Uhr
→ „Die Entwicklung der ostdeutschen populären Musik von 1945 bis heute“; KULTschule, **21.11., 18 Uhr**, geöffnet: Mo.–Do. 10–18 Uhr, Fr. 10–14 Uhr, bis 11.1.2009
→ „Die ersten Lichtenberger – 1908 im Rückblick“, Fotografien und Dokumente, Silke Wenk; KULTschule, Sewanstraße 43, **21.11., 18 Uhr**, bis 8.1.2009